

**Protokoll der 3. Sitzung****Dienstag, 20. September 2022, 19.30 - 21.05 Uhr,  
im Gemeindesaal**Vorsitz

Christine Knüsel-Bachofer, Präsidentin

Protokollführerin

Cornelia Crouch, Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

- Monika Brawand
- Elias Fricker

Präsenz

Es sind 38 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 20.

Entschuldigt sind Sara Kleiber und Marco Vögeli.

## Traktandenliste

1. Inpflichtnahme von Patrick Rutishauser und Eugenio Tura anstelle der zurückgetretenen Francois Christ und Esther Wahl
2. Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2022 - 2025
3. Gemeindevertrag über die Führung schulergänzender modularer Kinderbetreuung und Tagesschulen durch die Kreisschule Aarau-Buchs
4. Werkleitungs- und Strassenerneuerung Brummelstrasse und Rosenweg. Kreditbegehren
5. Postulat von Heidi Niedermann, Die Mitte, betreffend Littering (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
6. Eingänge
7. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

***Inpflichtnahme von Patrick Rutishauser und Eugenio Tura anstelle der zurückgetretenen Francois Christ und Esther Wahl***

Patrick Rutishauser und Eugenio Tura werden von der Ratspräsidentin vorschriftsgemäss in Pflicht genommen.

**Zielsetzungen des Gemeinderats für die neue Amtsperiode 2022 - 2025**

(Botschaft des Gemeinderats vom 16. August 2022)

Das Eintreten ist nicht bestritten

Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): In der Botschaft konntet ihr lesen, dass der Gemeinderat an einem 2-tägigen Workshop zusammen mit den Abteilungsleitenden und unter der Leitung eines externen Moderators die Legislaturziele ausgearbeitet hat. Sie sind im vorliegenden Flyer festgehalten. Der Aufbau der Zielsetzungen ist gegliedert nach folgenden Leitlinien:

- Miteinander - Füreinander
- Identität stärken
- Nachhaltige Entwicklung
- Optimierte Zusammenarbeit in der Region
- Fortschrittliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und das Gewerbe
- Kultur des Vertrauens

Die Leitlinien und die Legislaturziele sind öffentlich. Nachdem sie uns heute Abend zur Kenntnis gebracht wurden, werden sie auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet. Der Gemeinderat überprüft intern jährlich den Fortschritt und informiert uns am Ende der Legislatur über die Zielerreichung.

**Antrag**

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2022 - 2025 sei Kenntnis zu nehmen.

**Diskussion**

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Christine Knüsel hat die wesentlichen Punkte bereits erwähnt. Im Gegensatz zu den letzten 2 Legislaturperioden haben wir uns entschieden, eine neue Form für die Legislaturziele zu wählen und diese auch in einer neuen Art zu präsentieren. Die Kritik des Einwohnerrats, dass letztes Mal über 100 Punkte zu viel sind, haben wir entgegengenommen und überarbeitet. Ich denke wir haben nun eine griffige Version, wobei die Detailziele fehlen. Aber ihr werdet merken, wenn das kommt und wir werden Rückmeldungen geben. Das vorliegende Papier kann so vorgezeigt und auf die Homepage gestellt werden. An der Klausurtagung wurden gute und intensive Diskussionen geführt. Das war sehr wertvoll. Gerade in der neuen Zusammensetzung haben wir die Themen, welche Buchs betreffen intensiv diskutiert. Dass auch die Abteilungsleitenden einbezogen wurden, ist ein Mehrwert, welcher hoffentlich beim vorliegenden Dokument zu spüren ist.

Herr Marius Fedeli: Die Fraktion SP und Grüne ist mit den neuen Zielsetzungen des Gemeinderats zufrieden. Der Einbezug der Verwaltung erachten wir als wichtig und richtig. Die Broschüre ist übersichtlich und klar. Wenn der Auftritt der Gemeinde und die Kommunikation entsprechend der Zielsetzungen umgesetzt werden, sind wir auf einem guten Weg. Bei einigen Zielen sehen wir eher eine Vision oder ein Leitbild, aber wir wollen uns nicht auf die Begrifflichkeiten versteifen. Uns gefällt die Reduktion. Ein paar Ziele sind messbarer geworden und sollen ausgewertet werden. Die Schwerpunkte wurden aus unserer Sicht gut

gelegt. Wir würden uns freuen, wenn Ende Jahr ein kurzes Zwischenfazit über den Stand der Ziele stattfinden würde.

Frau Heidi Niedermann: Auch wir der Fraktion Mitte sind grundsätzlich mit den Zielsetzungen sehr einverstanden. Was mir als Vertreterin der älteren Generation fehlt, ist das Thema Alter. Ich wünsche mir, dass vom Gemeinderat ein Alterskonzept oder ein Altersleitbild explizit auch in die Zielsetzungen aufgenommen wird. Alterspolitik umfasst meiner Meinung nach alle Massnahmen die ältere Menschen befähigen, ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen und möglichst lange in ihrem abgestammten zu Hause zu leben. Daher erscheint es mir in diesem Zusammenhang auch sehr zentral, dass sich auch die Gemeinde für bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum einsetzt und diesen fördert. Von mir aus gesehen, könnte das auch eine wichtige Leitplanke in einem künftigen Altersleitbild sein. Vielen Dank für die Aufnahme dieses Anliegens in die Zielsetzungen.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Mein Ziel war bereits in der letzten Legislatur ein Alterskonzept zu entwerfen. Das ist klar mein Ziel. Im Moment fehlen noch die Leute, die mithelfen. Ich wäre noch froh um Unterstützung in der Alterskommission. Deshalb mein Aufruf, wenn ihr jemanden kennt, der gerne mitarbeiten möchte, soll er oder sie sich bitte bei mir melden. Dann können wir das Projekt lancieren. Es gibt viele Vorlagen auch vom Kanton etc. Es ist eine Konzept-, eine Schreibearbeit, aber es gibt viel Vorhandenes was wir für Buchs konkretisieren können.

### **Antrag**

Von den Zielsetzungen des Gemeinderats für die Amtsperiode 2022 - 2025 sei Kenntnis zu nehmen.

### **Abstimmung**

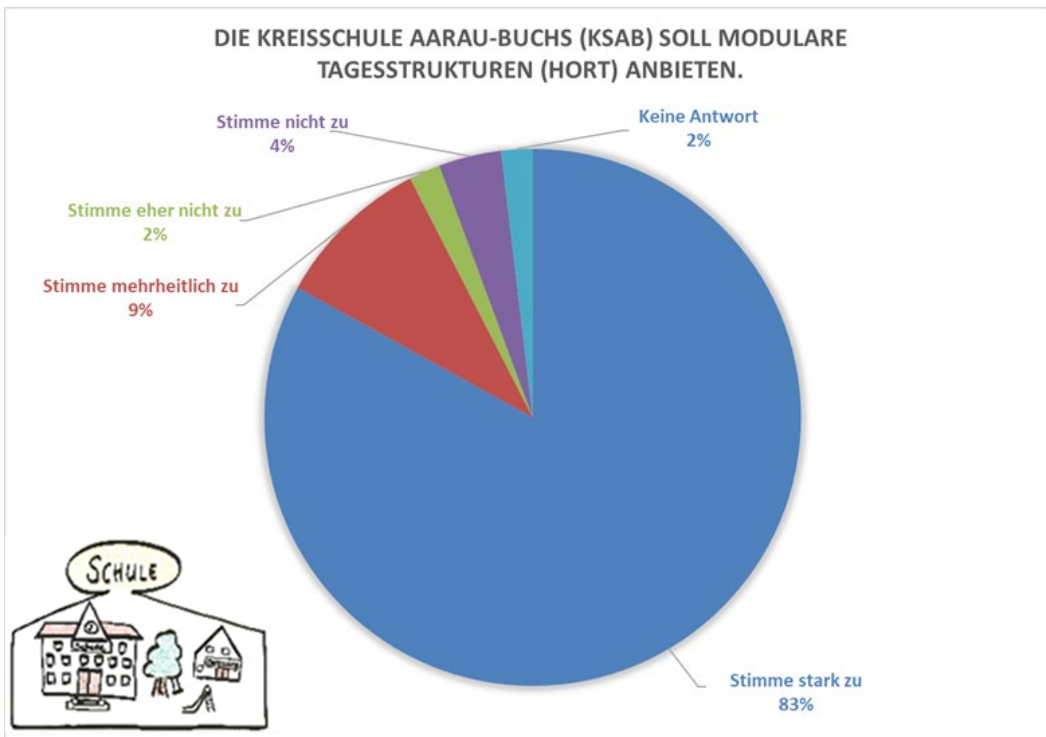
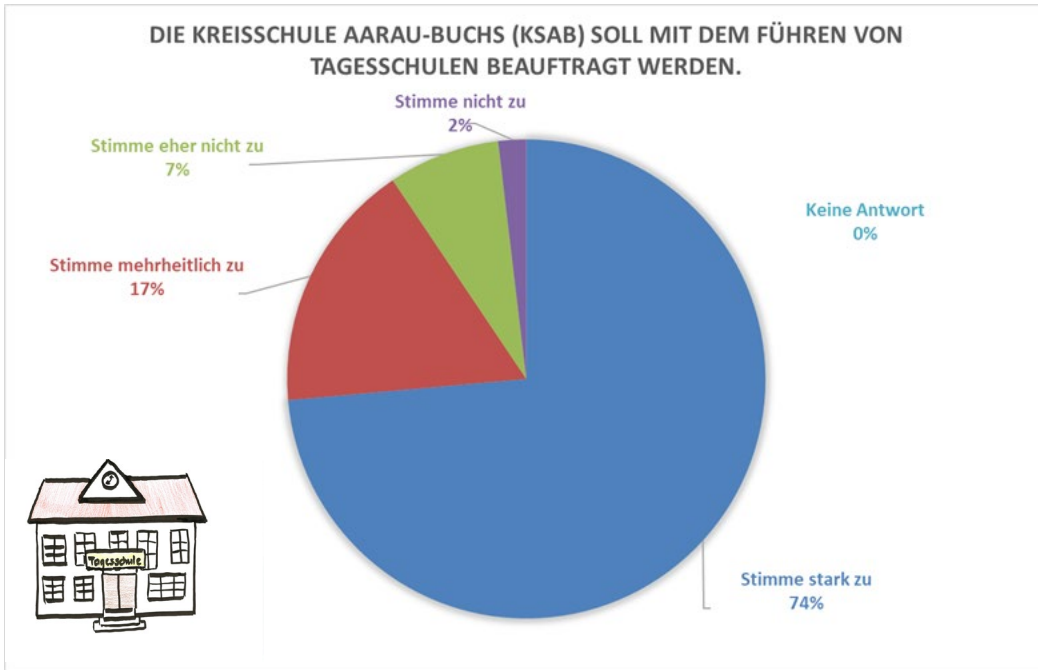
Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**Gemeindevertrag über die Führung schulergänzender modularer Kinderbetreuung und Tagesschulen durch die Kreisschule Aarau-Buchs**

(Botschaft des Gemeinderats vom 16. August 2022)

Das Eintreten ist nicht bestritten

Herr Roman Häusler, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Der Auslöser zu diesem Gemeindevertrag war ein Postulat, welches 2019 überwiesen wurde. Das Postulat verlangte die Prüfung der Entwicklung einer Tagesschule und die Betreuung und Tagesstrukturen für Schulkinder der Kreisschule Aarau-Buchs zu übertragen. Daraus entstand ein gemeinsames Projekt der Stadt Aarau, der Gemeinde Buchs und der Kreisschule Aarau-Buchs. Nach der Abstimmung in den Einwohnerräten Aarau und Buchs erfolgten erste Analysen. Die Bedürfnisse wurden abgeklärt. Nun sind wir bei der Beschlussfassung der Einwohnerräte Buchs und Aarau, des Kreisschulrats Aarau-Buchs und zu guter Letzt bei der Urnenabstimmung. Zu den Begriffserklärungen: Es muss grundsätzlich zwischen zwei Sachen unterschieden werden. Einerseits gibt es die gebundenen Tagesstrukturen. Dabei handelt es sich um eine Tagesschule. Alles ist im selben Schulhaus, am selben Ort. Die Betreuung ist zusammen mit dem Schulunterricht organisiert. Es gibt ein pädagogisches Konzept dafür. Die Betreuungsmodule lassen sich nicht wählen. Sondern es ist ein Block, welcher alles vom Montagmorgen bis Freitagnachmittag abdeckt. Im Vergleich dazu stehen die modularen Tagesstrukturen. Dort gibt es verschiedene pädagogische Konzepte, je nach dem wer die Betreuung übernimmt. Zum einen gibt es die Betreuung im Schulunterricht und zum anderen die Betreuung neben der Schule. Dort können die Module der Betreuung frei gewählt werden. So zum Beispiel am Montagmorgen, Donnerstag über den Mittag und Donnerstagnachmittag, je nachdem wie es für die Familie wünschenswert ist. Die rechtlichen Grundlagen im Kanton Aargau lassen es nicht zu, dass Schülerinnen und Schüler über die Stunden der obligatorischen Schule hinaus zur Teilnahme beispielsweise an einem Mittagstisch verpflichtet werden. Vor rund einem Jahr fand die Vernehmlassung statt, an welcher verschiedene Gremien aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum Projekt Stellung genommen haben. Aus den 57 Rückmeldungen wurden 25 Bemerkungen erfasst. Positiv wurde vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Schule sowie die Chancengleichheit gewertet. Kritische Rückmeldungen gab es zur Finanzierbarkeit. Alle Parteien ausser die glp Buchs und die Mitte Aarau haben an der Vernehmlassung teilgenommen. Weiter haben fünf Mitglieder des Kreisschulrats teilgenommen. In den Grafiken könnt ihr die grossen Zustimmungen zu den beiden Vorschlägen ablesen:



Ich komme zu den Eckwerten des Gemeindevertrags. Zuerst zu den modularen Tagesstrukturen: Die Aufgaben sind die Betreuung von Kindern ab Kindergarten bis 6. Klasse. Das Angebot soll von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr und allenfalls in den Schulferien bestehen. Hausaufgaben sollen in der Regel in der Nachmittagsbetreuung erledigt werden. Die Organisation läuft über die Schulleitung. Es gibt ein gemeinsames Leitbild für Schule und Hort aber es stehen zwei verschiedene Konzepte dahinter. Die Qualität wird von der Standortgemeinde beaufsichtigt. Die Schulanlagen werden kurz- bis mittelfristig an mehreren Standorten sein, da die Räumlichkeiten aktuell nicht vorhanden sind. Langfristig soll das Hortangebot aber auf dem Schulareal ermöglicht werden. Die Kosten sind unterschiedlich, da neben der Schule verschiedene Leistungserbringer vorhanden sind. Es gibt verschiedene Hortangebote, die auch ihre eigenen Preise

haben. Die Betreuungskosten sind von den Eltern zu tragen. Die Subventionen werden auch künftig von den Wohngemeinden geregelt.

Nun zu der Tagesschule. Der Unterricht und die Betreuung gehen ineinander über. Auch die Hausaufgaben und das Mittagessen werden in die Ganztagesbetreuung integriert. Der angedachte Schlüssel beträgt 70 % Aarauer Schüler und 30 % Buchser Schüler. Sollte eine Gemeinde ihren Anteil nicht ausschöpfen, können Schüler der anderen Gemeinde davon profitieren. Würden die Klassen mit Schüler/innen von Aarau und Buchs nicht gefüllt werden, können auch auswärtige Schüler/innen vom Angebot profitieren. Sollten sich mehr Schüler/innen für das Angebot interessieren als Platz vorhanden ist, wird durch Losentscheid über die Teilnahme entschieden. Was es in der Tagesschule nicht geben wird, ist die Ferienbetreuung. Zur Organisation, es gibt ein Konzept für die gesamte Betreuung vom Morgen bis am Abend, inkl. Schule. Der Standort der Tagesschule ist einem anderen Schulstandort gleichgestellt. Für die erste Tagesschule würde auf dem Areal des Aare Schulhauses ein Gebäude gebaut, in welchem der Unterricht und die Betreuung stattfinden könnten. Die Kosten beziehen sich auf das gesamte Paket. Die Betreuungskosten gehen zu Lasten der Erziehungsberechtigten, gleich wie bei den modularen Tagesstrukturen. Die Subventionsbeiträge sind ebenfalls gleich. Die Kündigungsklausel bei der Tagesschule ist anders.

Zu den Umsetzungsschritten:

	Modulare Tagesstrukturen	Tagesschule
2023	Start Überführung der modularen Tagesstrukturen	
2024		Start Umsetzung Tagesschule
2025		Start Tagesschule mit 4 Abteilungen
2026		5 Abteilungen
2027		6 Abteilungen
2028	Abschluss Überführung der modularen Tagesstrukturen	Vollbetrieb Tagesschule mit 7 Abteilungen

Wie ihr in den Unterlagen lesen konntet, ist die Tagesschule ab rund 100 Kindern selbsttragend. Somit wird der Start mit vier Klassen an 22 Schüler/innen noch ein Minus ergeben. Ab 2026 kommt eine Klasse dazu, ab dann könnte die Tagesschule selbsttragend sein.

Der Gemeindevertrag kann auf 2 Jahre gekündigt werden. Frühestens aber nach 8 Jahren. Sollten jedoch während drei aufeinanderfolgenden Jahren eine negative Entwicklung der Schülerzahlen festgestellt werden, ist eine vorzeitige Kündigung möglich.

Damit das Geschäft zu Stande kommt braucht es folgende Beschlüsse:

- 20.09.2022 Einwohnerrat Buchs
- 22.09.2022 Kreisschulrat KSAB
- 26.09.2022 Einwohnerrat Aarau
- 27.11.2022 Stimmbevölkerung Buchs und Aarau

## Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 6 : 2 Stimmen (bei 8 Anwesenden), der Gemeindevertrag über die Führung schulergänzender modularer Kinderbetreuung und Tagesschulen durch die Kreisschule Aarau-Buchs sei gutzuheissen.

## Diskussion

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich möchte noch etwas zu den Finanzen sagen. Es geht immer darum, was es kostet und vor allem was es die Gemeinde kostet. Es gibt zwei Sachen, die unterschieden werden müssen. Der Unterricht wird vom BKS und den Gemeinden finanziert. Dieser Topf wird nicht grösser mit der Tagesschule. Besuchen Kinder aus anderen Gemeinden die Tagesschule, nehmen sie das Geld für den Schulunterricht mit. Somit gibt es eine Umlagerung der Finanzen. Die Schule muss schauen, wie sie mit dieser Verschiebung umgeht. Die Betreuungskosten müssen die Eltern übernehmen. Wie ist der Anteil der Gemeinde am Unterricht? Die Unterrichtskosten werden anteilmässig nach Anzahl Schüler pro Gemeinde verrechnet. Wichtig ist auch, dass eine Vollkostenrechnung geführt wird. Auch das BKS schaut genau hin, dass der Unterricht nicht via Betreuung oder umgekehrt verrechnet oder finanziert werden kann. Vollkostenrechnung heisst, die Schule bezahlt Miete an die Standortgemeinde. Auch die erste Phase der Projektkosten werden der Tagesschule dann belastet. Auch die Kosten der Geschäftsstelle und die Abschreibungen sind in den Berechnungen eingerechnet. Am Standort der Tagesschule wird es keine Ferienbetreuung geben, aber man kann das Kind während den Ferien bei der modularen Kinderbetreuung anmelden. Aber die Tagesschule an sich hat während den Schulferien Ferien, es findet keine Betreuung statt. Wir haben versucht für möglichst alle Fragen eine Antwort zu finden. Gerne danke ich bei dieser Gelegenheit der Projektleitung, Sonja Baumann und Irene Richner, und allen die in der Projektsteuerung mitgearbeitet haben.

Frau Denise Zeller Xenaki: Die Mitte unterstützt den Gemeindevertrag zur Führung schulergänzender modularer Tagesstrukturen und Tagesschulen durch die Kreisschule Aarau-Buchs klar und einstimmig. Es entspricht den Bestrebungen der Mitte, die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und voranzutreiben. Die umfassende Dokumentation ermöglicht eine gute Nachvollziehbarkeit der geplanten Schritte in der Umsetzung dieses zukunftsweisenden Projekts. Das partizipative Vorgehen überzeugt und wird helfen, dass für alle Seiten gute Lösungen erzielt werden können. Wir sind überzeugt, dass die geplanten Neuerungen und Anpassungen für die Gemeinde Buchs wichtig sind. Die Schule ist für die Gemeinde gleichzusetzen wie ein Gemeindezentrum, sie bringt alle zusammen. Es ist dringend notwendig, dass das Schulangebot bei den schulergänzenden Tagesstrukturen den Bedürfnissen der heutigen Arbeits- und Gesellschaftsstrukturen angepasst werden. Eine fortschrittliche Schule bedeutet immer auch einen wesentlichen Standortvorteil und wirkt sich positiv auf das Gemeindeleben aus. Familien identifizieren sich oft stark mit der Wohngemeinde und sind aktiv im Vereins- und Gemeindeleben unterwegs. Es ist auch sehr erfreulich, dass als allfälliger zweiter Standort eine Tagesschule in Buchs vorgesehen ist. Als Anregung möchten wir noch darauf hinweisen, dass die Subventionsbeiträge der beiden Vertragsgemeinden für die schulergänzenden Betreuungen unterschiedlich sind und in Buchs die Erziehungsberechtigten mit dem heutigen Reglement schlechter gestellt sind als in Aarau. Es ist wünschenswert und wichtig, dass die Subventionsbeiträge möglichst zeitnah angeglichen werden, sodass auch hier eine bessere Chancengleichheit erreicht werden kann. In diesem Sinn bitten wir die Einwohnerratsmitglieder dem Gemeindevertrag über die schulergänzenden modularen Tagesstrukturen und der Tagesschule zuzustimmen.

Herr Daniel Albrecht: Wir von der SVP-Fraktion sind der Ansicht, dass die Errichtung einer Tagesschule und von modularen Tagesstrukturen einerseits das Bedürfnis der Bevölkerung hinsichtlich Vereinbarkeit von Beruf und Familie entspricht, und andererseits eine Erhöhung der Standortattraktivität unserer Gemeinde und der Stadt Aarau bedeutet. Weitere Vorteile der Tagesschule sind die Entlastung von Alleinerziehenden, die Ermöglichung von Aus- und Weiterbildungen der Erziehungsberechtigten und die Verbesserung der Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler. Die schlechten finanziellen Verhältnisse sprechen leider gegen die Errichtung. Die Gemeinde Buchs wird rund 1.9 Mio. Franken Defizit ausweisen. Auf unsere Gemeinde kommt in den nächsten Jahren ein hohes Investitionsvolumen zu, was zu den entsprechenden Schuldenentwicklungen führt. Heute kann schon gesagt werden, dass der Selbstfinanzierungs-

grad mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit wie in den letzten Jahren unter 50 % liegen wird. Das bedeutete eine zwangsläufige Neuverschuldung. Die Kosten der Errichtung sind hier noch nicht inkludiert. Objektiv gesehen, kann sich unsere Gemeinde zum gegenwärtigen Zeitpunkt und wahrscheinlich auch in naher Zukunft dieses Projekt nicht leisten. Deshalb möchte ich euch im Namen der Fraktion nahelegen, den Antrag des Gemeinderats abzulehnen.

Frau Evelin Meier: Wir von der glp-Fraktion unterstützen die modularen Tagesstrukturen und die Tagesschule und den Vertrag dazu. Vieles wurde bereits erwähnt. Die Standortattraktivität wird erhöht. Da Familie und Beruf besser vereinbar werden und beide arbeiten können, können auch mehr Steuergelder generiert werden. Wir haben in Zukunft ein höheres Investitionsvolumen - auch in die Bildung. Auch der Standort Suhrenmatte wird ein Thema sein, da es attraktiv wäre, wenn dieser behalten werden könnte. Aber wenn wir die Grundlagen schaffen, dass Familie und Beruf vereinbar werden und beide arbeiten können, können auch wieder Steuergelder generiert werden. Wir unterstützen daher den Vertrag.

Frau Barbara Fäh: Die Fraktion SP und Grüne unterstützen die Überführung der modularen Tagesstrukturen an die Kreisschule Aarau-Buchs und den Aufbau einer Tagesschule. Das wäre nach Baden dann die zweite im Kanton Aargau. Die Nachfrage und der Wunsch eines Angebots aus einer Hand zeigen die Auswertungen sehr klar. Zudem werden modulare schulergänzende Betreuungsangebote an der Mehrheit der Primarschule in verschiedensten Kantonen wie Bern, Genf, Basel-Stadt, Fribourg bereits angeboten. Es ist also nichts Neues. Ausserschulische Betreuung und Schule an einem Ort und aus einer Hand erleichtert für viele Familien die Organisation des Alltags. Natürlich finden auch wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Chancengleichheit resp. die Chancengerechtigkeit extrem wichtig. Durch diese Angebote werden sie gestärkt. Dies ist aus sozioökologischer Sicht hinsichtlich des Fachkräftemangels sehr wichtig. Wir heissen als Fraktion den Gemeindevertrag gut. Nichts desto trotz, damit für alle Familien aus Aarau und Buchs eine Chancengleichheit sichergestellt werden kann, bedarf es einer Angleichung der Reglemente über die Subventionierung der Elternbeiträge. Es kann nicht sein, dass die Eltern aus Buchs benachteiligt sind und einen grösseren Teil der Betreuungskosten übernehmen müssen. Das Postulat von Tatjana Lambrinouidakis, welches sie im Juni 2021 einreichte, zeigt klar, dass die Subventionspraxis der umliegenden Gemeinden sehr unterschiedlich ist, wobei Buchs stark von Aarau abweicht. Die Subventionsbeiträge der Gemeinde Buchs fallen im Gemeindevergleich tiefer aus. Wir sind sehr gespannt wie die Auswertung und die Antwort des Gemeinderats zu diesem Postulat aussehen wird.

Herr Urs Truttmann: Es freut mich im Namen der FDP ein paar Worte zu diesem Thema zu verlieren. Ein Argument das für uns für eine Unterstützung spricht, ist die Organisation innerhalb der KSAB. Es zeigt ganz gut, was möglich ist, wenn man in der Region zusammenarbeitet, Kosten und Lasten verteilt und auch individuelle Lösungen zulässt. Dass zum Beispiel je nach Gemeinde unterschiedliche Beitragsreglemente zulässig sind, die Lasten jedoch trotzdem geteilt werden. Es ist ein sehr gutes Beispiel, was eine überkommunale Zusammenarbeit bringen kann. Daher sind wir der Meinung, dass es ein schlagendes Argument ist, das Projekt mit der KSAB aufzusetzen. Es gibt ein paar Voraussetzungen die erfüllt sein müssen, damit wir zustimmen können und diese sind aus unserer Sicht erfüllt. Ein wichtiger Punkt ist die Quersubventionierung. Es muss klar sein, dass die Kosten durch die Nutzer getragen werden müssen, was so im Konzept vorgesehen ist. Ein zweites wichtiges Thema ist für uns die Perspektive von Buchs. Wir wollen auch an einem Buchser Standort ein gleiches Angebot. Im überarbeiteten Vertrag ist das nun entsprechend vorgesehen. Daher ist für uns auch diese Voraussetzung erfüllt. Wir erwarten zudem, dass die Vollkostenrechnung konsequent geführt wird und keine Quersubventionierungen gemacht werden. Und dass wir auch in der ganzen Schulraumplanung konsequent sind. Sagen wir zu diesem Projekt ja, müssen wir bei der künftigen Schulraumplanung daran denken, dass entsprechende Räumlichkeiten vorgesehen werden müssen. Wir sind überzeugt, dass dann die Räumlichkeiten und die Infrastruktur sehr effizient zur Verfügung gestellt werden können, wenn sie mit einer sowieso anstehenden Investition getä-

tigt werden müssen. Aus all diesen Gründen stehen wir hinter dieser Vorlage und unterstützen das Vorhaben.

Herr Andreas Burgherr: Auch wir von der EVP-Fraktion unterstützen den Gemeindevertrag. Vor Jahren haben wir der Überführung der damaligen Kreisschule Buchs-Rohr zur Kreisschule Aarau-Buchs zugestimmt. Damit eröffnet sich für uns eine einmalige Chance, als relativ kleine oder durchschnittliche Gemeinde neben Baden und Aarau eine Tagesschule anbieten zu können. Das ist für die Gemeinde Buchs ein einmaliger Vorteil, mit dem wir uns einen Standortvorteil erarbeiten können. Insofern empfehle ich die Annahme des Gemeindevertrags und damit die Eröffnung der Chancen.

### **Antrag**

Der Gemeindevertrag über die Führung schulergänzender modularer Kinderbetreuung und Tagesschulen durch die Kreisschule Aarau-Buchs sei gutzuheissen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird mit 30 : 8 Stimmen zugestimmt.

## Werkleitungs- und Strassenerneuerung Brummelstrasse und Rosenweg. Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 16. August 2022)

Herr Reto Bianchi, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Die Wasserleitungen haben ihren Zenit überschritten. Das Wasser wie auch das Abwasser sind in den alten Leitungen von 1942 oder älter nicht mehr sicher unterwegs. Wir müssen also etwas machen. Man kann nicht zuwarten und nichts tun. Wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, etwas zu unternehmen. Der Strassenbelag ist bezeichnend für den Zustand der Strasse. Er muss saniert werden. Ich bin kein Baufachmann, aber mir leuchtet es ein, dass einlaufendes Salzwasser auch dem darunterliegenden schadet. Zudem ist die Sicherheit an gewissen Stellen auf der Brummelstrasse nicht sehr gut. Kommt man von oben vom Steinfeld Richtung Bahnstrasse oder von der Bahnstrasse her, hat man als Autofahrer fast keine Chance Kinder oder Familien zu entdecken. Die Gehwege und Trottoirs werden zu überfahrbaren Gehwegen. Die bestehenden Längsparkplätze werden mit Schutzinseln optimiert angeordnet. Dabei handelt es sich um ein Legislaturziel, welches niederschwellige Projekte zur Reduktion von Hitze und Wärme vorsieht und damit das Klima beeinflusst. In diesem Projekt ist dies drin. Das Verkehrsregime wird weitergeführt. Die 30-Zone bleibt bestehen. Neu ist, dass überall Rechtsvortritt angeordnet ist. Auch die Strassenentwässerung wird optimiert und die Strassenbeleuchtung den heutigen Standards angepasst.



Auf dem Plan habe ich drei Details herausgepickt. Es geht um die Obere Torfeldstrasse (Richtung Tramstrasse). Das Dunkelblaue zeigt das bestehende Trottoir. Neu wird dort ein Mischverkehrstreifen geplant, damit die grosse Kreuzung, welche aktuell für das schnelle Fahren der Kurve einlädt, etwas kleiner wird. Optisch wird dargestellt, dass auch andere Verkehrsteilnehmende unterwegs sind. Das Trottoir wird nicht mit einer Schwelle ausgestattet, sondern viel mehr wird angezeigt, dass verschiedene Personen unterwegs sind. Auf dem 2. Bild sieht man die Trottoirführung Jakob Bächlistrasse/Brummelstrasse. Dort wird das Trottoir leicht erhöht, damit der Verkehrsteilnehmende darüberfahren muss. Alle die auf dem Trottoir unterwegs sind, haben Vortritt. Es schafft mehr Sicherheit in der Kurve und für die Fussgänger auf dem Trottoir. Auf dem 3. Bild von der Steinfeldstrasse herabkommend, sieht man, dass die Situation zu einem zügigen Queren Richtung Bahnstrasse

einlädt. Hier soll wieder ein durchgezogenes Trottoir erstellt werden. Neu gibt es Rechtsvortritt. Die ganzen Details werden aber noch mit dem Ingenieur besprochen. Es muss aber nicht mehr viel angepasst werden.

## Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden),

für die Strassenerneuerung inkl. öffentliche Beleuchtung der Brummelstrasse und des Rosenwegs, die Erneuerung der Wasserleitungen und die Sanierung der Kanalisationsleitungen sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'352'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Juni 2022), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die entsprechenden Konten zu bewilligen:

6150.5010.28	Strasse	Fr. 1'339'000.--	(Strasse)
7101.5030.30	Wasserversorgung	Fr. 653'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
7201.5030.21	Kanalisation	Fr. 360'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
<b>TOTAL</b>	<b>inkl. 7.7 % MwSt.</b>	<b>Fr. 2'352'000.--</b>	<b>VERPFLICHTUNGSKREDIT</b>

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

## Diskussion

Herr Samuel Hasler: Auch wenn das Budget erst an der nächsten Sitzung behandelt wird, möchte ich trotzdem kurz darauf eingehen. Die finanzielle Situation von Buchs ist seit Jahren angespannt. Der Einwohnerrat sollte daher gut überlegen und weitsichtig handeln, welche Investitionen er tätigen möchte. Wir sind der Meinung, dass Investitionen auf das Notwendige und Zwingende begrenzt werden müssen. Unter anderem im Wissen, dass die letzte Steuerfusserhöhung von der Bevölkerung zwei Mal abgelehnt und nicht akzeptiert wurde. Die Werkleitungs- und Strassenerneuerungen sind notwendig, das bestreiten wir in keiner Weise. Was wir bestreiten sind die unnötigen und behindernden Grüninseln, welche im Projekt vorgesehen sind und gemäss Detailbudget Fr. 25'000.-- kosten werden. Sie sind eine Behinderung für Auto- und Fahrradfahrer und führen zu Mehrkosten, welche wir uns in der heutigen Lage nicht leisten können. Im Namen der SVP Fraktion stelle ich daher den **Antrag** die Kosten von Fr. 25'000.-- für die Grüninseln zu streichen. Wir hoffen auf die Unterstützung von anderen Parteien.

Herr Marius Fedeli: Ich empfehle euch den Antrag von Samuel Hasler abzulehnen. Ich nenne euch verschiedene Gründe: Bei der Veranstaltung 3-2-1-heiss, welche diesen Sommer stattfand, haben viele mit Messgeräten die Temperaturen in Buchs gemessen. An regenreichen Tagen Ende August wurden Asphalttemperaturen von 40 bis 50 Grad gemessen. Ihr könnt euch denken, welche Auswirkungen das auf uns hat. Es ist klar mit der Klimaveränderung die wir haben, müssen wir schauen, dass wir die Temperaturen senken und das Leben in der Gemeinde angenehmer machen können. Daher ist es wichtig, dass solche Flächen entsiegelt werden, wenn dies verhältnismässig ist. Das Thema Biodiversität muss ich wohl nicht erklären. Es ist wichtig, und wo sie gefördert werden kann, soll sie gefördert werden. Ich denke ein kleiner grüner Ecken am Rande eines Parkplatzes tut niemandem weh. Die Kosten haben wir auch beim Einleiten des Wassers in die Kanalisation. Je mehr Wasser eingeleitet wird, desto mehr Unterhaltskosten werden generiert. Wie wir gehört haben, ist die Sickerfähigkeit vor Ort sehr gut. Deshalb denke ich, dass wir die Entsiegelung machen und das Wasser versickern lassen sollten und die Kanalisation etwas entlasten können. Zum Schluss noch dies: Wir sprechen von 1 % der Bausumme, das fällt nicht so ins Gewicht.

Herr Reto Bianchi: Das Papier ist noch nicht 30 Minuten alt. Die niederschwellige Umsetzung von klimawirksamen Massnahmen im Sinne der hitzeangepassten Siedlungsentwicklung steht in den Legislaturzielen, welchen wir vorher zugestimmt haben. 1 % ist für mich niederschwellig. Ich verstehe die ablehnende Haltung dazu nicht.

Herr Dieter Stüssi: Ich bin etwas überrascht wie konsequent der Rat auf der anderen Seite ist. Man hat zugestimmt, dass eine Grünfläche (Bärenplatz) versiegelt wird, wo früher eine Sickerfläche war. Eine Grünfläche, welche das Klima entsprechend geschont hat. Zum zweiten sprechen wir von Fr. 25'000.--, Kleinvieh macht auch Mist. Irgendwo müssen wir mit den Sparmassnahmen anfangen. Wir sprechen nicht von einer Durchgangsstrasse, sondern von einer Strasse die von der Nutzung her eine Privatstrasse ist. Ich zahle Schneeräumung, Unterhalt, Reinigung usw. aber durchfahren darf ich nicht. Nur ein paar Privilegierte dürfen diese Strassen nutzen. Des Weiteren ist bereits Tempo 30, was in meinen Augen für die Sicherheit reicht. Wir haben auch die Fahrschulen aus dem Quartier verbannt, obwohl es nichts Sichereres gibt, als Fahrschulen. Ich bin der Meinung, dass der Goldrahmen etwas abgekratzt werden sollte. Wir müssen irgendwo anfangen mit dem vernünftigen Handeln.

Frau Barbara Fäh: Nur ganz kurz. Meiner Meinung nach ist die Brummelstrasse keine Privatstrasse. Es ist eine Gemeindestrasse. Wer im Quartier wohnt weiss, dass es Verkehr hat. Wenn du die Strassen zur Oase meinst, dort kann es sein, dass es eine Privatstrasse ist. Um diese geht es aber nicht.

Herr Samuel Hasler: Reto Bianchi, ich gehe davon aus, du meinst das Papier Legislaturziele. Ich habe es nicht akzeptiert, sondern zur Kenntnis genommen. Bitte nimm das auch zur Kenntnis.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Samuel Hasler:

Der Kredit sei um den Betrag von Fr. 25'000.-- für die seitlichen Grüninseln bei den Parkfeldern an der Brummelstrasse zu reduzieren.

Der Antrag wird mit 30 : 7 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Herr Martin Gysi: Ich möchte der Abteilung Bau Planung Umwelt ein Kompliment für die Ausarbeitung des Projekts machen. Es ist ein zeitgemässes Projekt, welches die Strassen angemessen gestalten wird. Auf einen Punkt sollte noch ein Augenmerk gelegt werden. Bei der Steinfeldstrasse, welche ein starkes Gefälle aufweist, muss man aufpassen, dass Rechtsvortritt zu gefährlichen Situationen führen kann, wenn z. B. ein Velofahrer zu schnell von oben herunter fährt. Ich möchte nahelegen, den Rechtsvortritt nochmals zu überdenken.

## **Antrag**

Für die Strassenerneuerung inkl. öffentliche Beleuchtung der Brummelstrasse und des Rosenwegs, die Erneuerung der Wasserleitungen und die Sanierung der Kanalisationsleitungen sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 2'352'000.--, inkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand Juni 2022), zulasten der Investitionsrechnung mit folgender Aufteilung auf die entsprechenden Konten zu bewilligen:

6150.5010.28	Strasse	Fr. 1'339'000.--	(Strasse)
7101.5030.30	Wasserversorgung	Fr. 653'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
7201.5030.21	Kanalisation	Fr. 360'000.--	(Eigenwirtschaftsbetrieb)
<b>TOTAL</b>	<b>inkl. 7.7 % MwSt.</b>	<b>Fr. 2'352'000.--</b>	<b>VERPFLICHTUNGSKREDIT</b>

Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

### **Abstimmung**

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**Postulat von Heidi Niedermann, Die Mitte, betreffend Littering**

Frau Heidi Niedermann reichte am 21. Juni 2022 das Postulat betreffend Littering ein.

**Antrag**

Der Gemeinderat wird gebeten, eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenreglementes im Kampf gegen Littering und Vandalismus einzusetzen.

**Diskussion**

Frau Heidi Niedermann: Ich habe mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat mein Postulat Littering entgegengenommen hat. Ich bin mir bewusst, dass mein Postulat nur einen Teil des Littering- und Vandalismusproblems beinhaltet. Meiner Meinung nach braucht es aber einen Anfang. Mit den verschiedenen Erfahrungen der künftigen Arbeitsgruppenmitglieder kann die Behandlung des Problems sicher noch verfeinert werden. Ich schliesse nicht aus, sondern erhoffe mir sogar, dass in einer überparteilichen Arbeitsgruppe ein Lösungsprozess stattfinden kann, welcher über das Rahmenreglement hinausgeht. Ich hoffe, dass daraus ein Instrument entsteht, welches Massnahmen enthält, welche über die Installation von Kameras hinausgeht. Ich bitte euch deshalb um Unterstützung zur Überweisung des Postulats.

Herr Andreas Tschan: Grundsätzlich bin ich dabei, Vandalismus und Littering sind elend, das streite ich nicht ab. Ich möchte das Postulat aber ablehnen und erkläre warum. Laut dem Postulat geht es um eine Arbeitsgruppe die ein Rahmenreglement gegen Littering und Vandalismus erarbeiten soll. Es geht nur um die Videoüberwachung. Sprechen wir von einem Problemlösungsprozess beginnen wir aber hinten. Mir fehlen die Grundlagen wieso, warum, an welchen Orten, wie hoch sind die Kosten. Aber da sind wir noch nicht. Wir haben hier "Miteinander - Füreinander" und haben beim Bärenplatz und bei den Tagesschulen partizipative Prozesse durchgeführt. Ich wünsche mir für ein solches Projekt, welches länger dauern wird und ein grosses Thema beinhaltet, ein partizipatives Vorgehen. Ich weiss nicht ob der Gemeinderat oder ihr das Merkblatt vom Kanton über die Videoüberwachung gelesen habt. Der Verfahrensablauf ist aufgelistet. Dort ist klar ersichtlich, dass der erste Schritt die Problemerkklärung ist und was bereits unternommen wurde. Es steht auch: "Erst wenn feststeht, dass alle Problemlösungsmöglichkeiten nicht durchführbar sind, ist eine Videoüberwachung ins Auge zu fassen. Anderenfalls wäre der Verhältnismässigkeitsgrundsatz verletzt." Man sieht, wenn die Grundlagen fehlen, wo die Probleme sind und wir nicht andere Lösungsansätze prüfen, werden wir Probleme haben, überhaupt eine Bewilligung für die Videoüberwachung zu bekommen. Nächstes Jahr wird voraussichtlich das neue Datenschutzgesetz in Kraft treten. Daher wird es sicher bereits mehr Arbeit geben betreffend Regulierung und Kontrolle bei der Videoüberwachung. Auch wenn es hier nicht um die Kosten geht, aber wir haben vorhin davon gesprochen. Eine Standard-Videoüberwachung kostet in der Regel ca. Fr. 7'000.-- bis Fr. 12'000.--. Die Erfahrung zeigt, dass nicht nur an einem Ort überwacht wird, womit wir schnell auf einem Betrag sind, welcher einschenkt. Behalten wir das im Hinterkopf, Videoüberwachung geht nicht schnell und kostet etwas. Bei den Kosten ist es mir noch wichtig zu erwähnen, wenn wir bereit sind, für die Videoüberwachung Geld zu sprechen, finde ich es schade, wenn z. B. nicht in die Jugendarbeit investiert wird. Ich will niemanden beschuldigen, aber wenn davon ausgegangen wird, dass Vandalismus und Littering eher von der jüngeren Bevölkerungsschicht verursacht wird, fehlt mir der Einbezug der Jugendarbeit. Die Jugendarbeit Buchs schliesst am Abend um 18.00 Uhr. D. h. die Zielgruppe von 15 - 20-jährigen wird von der Jugendarbeit nicht erreicht. Weiter wird keine aufsuchende Jugendarbeit gemacht, weil zu wenig Ressourcen vorhanden sind.

Aufsuchende Arbeit wäre z. B. am Freitagabend bei den Schulhausplätzen den Kontakt zu den Jugendlichen zu suchen. Ich unterstütze, dass etwas gegen Littering und Vandalismus gemacht wird. Aber mir ist das Postulat zu eng gefasst. Daher bitte ich um Ablehnung des Postulats. Ich würde mich bereit erklären, ein neues Postulat zu machen, welches das gleiche Anliegen aufnimmt aber alles offener formuliert und nicht nur die Videoüberwachung vorne wegnimmt. Wie z. B. der Gemeinderat wird gebeten, eine überparteiliche Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für den Umgang mit Littering und Vandalismus in der Gemeinde Buchs einzusetzen. Dann würde ich auch gerne noch dazu nehmen, dass die in einem partizipativen Prozess mit der Bevölkerung geschehen sollte, da dies ein längerfristiges Projekt ist. Ich denke die Gemeinde braucht eine gemeinsame Haltung aller, damit es schlussendlich erfolgreich wird.

Herr Gemeinderat Reto Fischer: Wir haben schon einmal eine Anfrage von Heidi Niedermann beantwortet, worauf sie das Postulat einreichte, da die Anfrage nicht befriedigend beantwortet wurde. Dies hing damit zusammen, dass auch für uns als Gemeinderat das Ganze zu sehr auf die Videoüberwachung abzielte. Im Postulat wird in der Begründung zwar die Videokamera und die Überwachung formuliert, aber unten im Antrag steht, dass die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenreglements eingesetzt wird und dazu ist die Videoüberwachung nicht zwingend vorgesehen. Es geht darum die Vorgaben des Kantons, welche im Merkblatt festgehalten sind, zu erarbeiten und anzuschauen, wo wir uns verbessern können. Wir denken das ist der Auftrag der Arbeitsgruppe, in welchem die Videoüberwachung einen Teil des Ganzen ausmacht. Daher haben wir das Postulat auch entgegengenommen.

Frau Heidi Niedermann: Das was Reto gesagt hat, genau das möchte ich mit dem Postulat bezwecken. Ich kann die Argumente von Andreas Tschan nachvollziehen. Für mich steht nicht die Überwachung durch Kameras im Vordergrund, sondern dass in diesem Thema endlich etwas Konkretes passiert.

Herr Andreas Tschan: Grundsätzlich freut es mich, dass es weiter gefasst werden soll. Nichts desto trotz steht im Postulat, dass ein Rahmenreglement erarbeitet wird. Dabei ist es klar ein Reglement zur Videoüberwachung. Wenn das so steht und es dann anders gemacht wird, weiss ich nicht ob das korrekt ist. Dies als Hinweis. Als Auftrag der Arbeitsgruppe steht das Rahmenreglement fest. Aus meiner Sicht kann das nicht gemacht werden, bevor die anderen Grundlagen vorhanden sind. Vielleicht bin ich spitzfindig, aber so ist es notiert.

## **Abstimmung**

Das Postulat wird dem Gemeinderat mit 32 : 3 Stimmen (3 Enthaltungen) überwiesen.

**Eingänge****Postulat von Sonja Morley, SP und Grüne, betreffend Umsetzung der UNICEF-Initiative "Kinderfreundliche Gemeinde"**

Frau Sonja Morley reicht folgende Anfrage ein:

Begründung:

Der Gemeinderat wird gebeten, die Umsetzung der UNICEF-Initiative "Kinderfreundliche Gemeinde" zu prüfen.

Die UNICEF-Initiative "Kinderfreundliche Gemeinde" verfolgt die Zielsetzung, die Umsetzung der Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Den Gemeinden kommt bei der Umsetzung der entsprechenden übergeordneten Gesetze eine wichtige Rolle zu. In einem ersten Schritt, der Standortbestimmung, werden deshalb unterschiedlichste Themenbereiche untersucht, die für Kinder im Alltag besonders relevant sind. Beispielsweise werden dort Bildung, familien- und schulergänzende Betreuung oder Gesundheit thematisiert. Durch das mehrstufige Vorgehen der Initiative fallen für die Gemeinde bei einer ersten Standortbestimmung nur sehr tiefe Kosten (einmalig Fr. 2'000.--) an.

Die Standortbestimmung dient zur Analyse der IST-Situation und bringt den Vorteil effizient und strategisch die Umsetzung einer kinderfreundlichen Gemeinde anzugehen. Fällt diese erste Standortbestimmung positiv aus, kann sich die Gemeinde um das Label "Kinderfreundliche Gemeinde" bewerben. Die konkreten Massnahmen dienen als Grundlage für die weitere Planung in der Gemeinde. Für eine wachsende Gemeinde wie Buchs ist dies eine wichtige Grundlage. In erster Linie wird die Situation der Kinder im direkten Lebensumfeld bei der Umsetzung gezielter Massnahmen verbessert und steigert deren Identifikation mit dem Wohnort. Durch diese Massnahmen kann die allgemeine Lebensqualität in der Gemeinde Buchs für die gesamte Bevölkerung verbessert werden.

Das positive Image einer mit dem Label zertifizierten kinderfreundlichen Gemeinde trägt generell zu einer höheren Lebensqualität, zur Förderung des gesamten Wohn- und Wirtschaftsstandortes und damit zur Attraktivität der Gemeinde Buchs auch im Rahmen von Standortmarketing bei. Die Gemeinde Buchs kann durch die Umsetzung an Standortattraktivität gewinnen, zudem passt das UNICEF-Label "Kinderfreundliche Gemeinde", ergänzend zum Label Energiestadt, in das Konzept der Gemeinde Buchs.

Aktuell sind 25 Gemeinden zertifiziert, 17 rezertifiziert. Das Label wird bereits von 15 Kantonen, unter anderem Schaffhausen, Bern, Solothurn, Basel-Landschaft, Luzern, St. Gallen, Thurgau sowie im Aargau unterstützt.

Grundlagen:

Leistungen:

UNICEF Schweiz stellt Informationen zum Thema Kinderfreundlichkeit bereit und erstellt einen Bericht. Im Prozess wird die Gemeinde beraten und begleitet. Zudem führt ein externer Berater eine Evaluation der Angebote und Leistungen der Gemeinde durch und vermittelt Kontakte.

Prozessschritte:

- 1) Beantwortung eines Online-Fragebogens zu den Themenbereichen kinderfreundliche Politik und Verwaltung, Kindesanhörung, Kinderschutz und Prävention, formale Bildung, Frühbereich und Familie, Freizeitgestaltung und Gesundheit und Raumentwicklung
- 2) Erkennen der Stärken und Entwicklungspotentiale
- 3) Durchführung von Workshops mit Kindern und Jugendlichen
- 4) Erarbeitung eines Aktionsplans für Kinder und Jugendliche
- 5) Evaluation der Gemeinde vor Ort durch externe Evaluat\*innen
- 6) Entscheid Fachjury
- 7) Auszeichnung mit dem Label "Kinderfreundliche Gemeinde"

Teilnehmer/-innen im Prozess

- Kinder und Jugendliche der Gemeinde
- Gemeindevertreter\*innen (politische Ebene)
- Gemeindeverwaltung (Verwaltungsebene)

Kosten

- Standortbestimmung CHF 2'000
- Evaluation und Auszeichnung (Label)
- Für Gemeinden (< 10'000 EW) CHF 10'000
- Für Gemeinden (10'000 - 40'000 EW) CHF 15'000
- Für Gemeinden (> 40'000 EW) CHF 20'000

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

## Traktandum 7

### Verschiedenes

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Die Anfrage von Barbara Fäh wird an der Oktobersitzung zum Budget beantwortet. Tony Süess ist in den Ferien und es macht Sinn, dass er die Frage beantwortet.

Die beiden Anfragen von Thomas Meier werden wir ebenfalls an der Oktobersitzung beantworten. An der heutigen Gemeinderatssitzung waren wir nur zu dritt. Gerne möchten wir die Fragen aber im Gesamtgemeinderat besprechen.

Herr Marius Fedeli: Heute Nachmittag hat die Validierung des kirchlichen Umweltmanagementsystems in der Katholischen Kirche Buchs stattgefunden. Als Umweltberater durfte ich das begleiten. Ich darf euch mit Freuden vermelden, dass die Katholische Kirche Buchs-Rohr heute das Label "Grüner Güggel" bekommen hat. Ihr seid alle herzlich eingeladen am 29. Oktober 2022 um 17.00 Uhr in die Katholische Kirche zu kommen und das zu feiern.

Herr Thomas Meier: Eine andere meiner Fragen zum Prozent der sozialen Indikationen KiBeG ist noch ausstehend.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Ich kann dir leider noch keine Antwort geben. Wir sind immer noch dran aber haben noch keine konkreten Zahlen. Wir schauen den gesamten Prozess an und ich möchte eine komplette Antwort geben. Tut mir leid.

Herr Samuel Hasler: Auch bei mir fehlt noch die Antwort zu den Jugendfestkosten vor allem bezüglich Zelt. Kann dazu etwas gesagt werden.

Herr Vize-Gemeindepräsident Anton Kleiber: Es fehlt noch eine Rechnung. An der Budgetsitzung kann ich hoffentlich Bescheid geben. Ich möchte dann etwas Grundsätzliches sagen und nun nicht einzelne Posten erwähnen. Ich möchte einen Gesamtüberblick abgeben. Ich bitte um Verständnis.

Informationen von Frau Präsidentin Christine Knüsel-Bachofer:

#### Rückblick auf Anlässe

Am 18. August durfte der Einwohnerrat die Grossbaustelle "Dreiklang" beim KSA Aarau besichtigen. Vom Dach Haus 1 konnten wir einen Blick auf die imposante Baustelle werfen. Nach einem sehr interessanten Referat von Sergio Baumann, Leiter Departement Betrieb und Mitglied der Geschäftsleitung, gab es eine Fragerunde. Beim anschliessenden Apéro fanden weitere rege Diskussionen statt. Ich habe die Einladung vor Ort verdankt. Er hat sich über die positiven Feedbacks sehr gefreut. Ich hoffe die Baustelle kann wie geplant abgeschlossen werden und dass auch die weiteren Projekte schnellstmöglich angegangen werden können.

Am 10. September traf sich der Einwohnerrat zum Ausflug auf dem Vorplatz des Gemeindesaals. Mit Greifzangen und Abfallsäcken bewaffnet haben fünf Teams in den Quartieren und am Waldrand Abfall gesammelt. Es war eindrücklich aber auch bedenklich, wie viel Abfall in der kurzen Zeit zusammengetragen wurde. Martin Gysi, Nicole Keusch und ich haben entlang der Strasse beim Waldeingang Seiten KVA drei Abfallsäcke gefüllt. Als wir die Säcke direkt in den Mulden beim Bauamt abgeladen haben, hat Martin im Kanal hinter dem Werkhof beim Bänkli nochmals innert Kürze einen ganzen Sack gefüllt. Nicole und ich haben in dieser Zeit Zigarettenstummel zusammengelesen. Um 14.00 Uhr trafen wir uns zur Zwi-

schenverpflegung, welche Marc Jaisli freundlicherweise offeriert hat - ein herzliches Dankeschön an Anita, die uns bedient hat und dir Marc fürs Bereitstellen. - Applaus - Passend zum Thema haben wir die Kehrlichtverbrennungsanlage besichtigt. Die beiden Damen haben uns diese auf sehr unterhaltsame Art nähergebracht. Im Alterszentrum Suhrhard durften wir einen feinen Apéro geniessen. Hanspeter Fricker, Präsident AZS AG, hat uns dort zu den aktuellen Projekten und den Leitlinien für die Weiterentwicklung des AZS in den kommenden Jahren informiert. Die sehr unterhaltsame Theatervorstellung "Nistverhalten" vom Theatervirus Buchs war der krönende Abschluss dieses guten Tags. Als ich die Greifzangen und die übrigen Abfallsäcke dem Bauamt zurückgebracht habe, hat sich Matthias Keller für unseren Einsatz bedankt. Auch die Bevölkerung hat uns wahrgenommen. Ich habe Matthias Keller unseren Dank zurückgegeben, dass er und das Bauamt-Team unsere Gemeinde so sauber halten. Ich danke allen die dabei waren für das gute Zusammenarbeiten und den lockeren Austausch. Ihr wisst es, mir liegt ein respektvolles, wertschätzendes Miteinander sehr am Herzen. Ich bin überzeugt davon, dass man damit erfolgreich weiterkommt.

Am Donnerstag findet der Apéro statt, zu welchem der Gewerbeverein einlädt. Je nach Witterung vor dem Museum oder im Foyer.

### Verabschiedungen

SP und Grüne	Esther Wahl	Mitglied vom 01.11.2019 bis 06.07.2022	3 Jahre
SVP	Marco Vögeli	Mitglied vom 01.01.2022 bis 21.09.2022	¾ Jahre

### Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 20. Oktober 2022, 19.00 Uhr statt.

### Dank

Die Präsidentin dankt allen, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 20. September 2022

### Einwohnerrat Buchs AG

Die Präsidentin

Die Protokollführerin

Christine Knüsel-Bachofer

Cornelia Crouch